

**Ansprache des saarländischen Ministers
für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Karl Rauber,
anlässlich 50 Jahre Römische Verträge**

Feierstunde der Europäischen Bewegung Saar,
27.3.2007, Stadtgalerie Saarbrücken

- Es gilt das gesprochene Wort -

[Anrede],

haben Sie vielen Dank, dass ich heute anlässlich Ihrer Feierstunde zum 50. Jubiläum der Römischen Verträge ein paar Worte an Sie richten darf. Ich tue dies sehr gerne, zumal jener 25. März vor 50 Jahren, als die sechs Gründerstaaten in Rom den Aufbau der Euratom und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft besiegelten, ein epochemachendes Ereignis für unseren Kontinent darstellte. Mit den Römischen Verträgen begann eine Erfolgsgeschichte, die bis dahin und auch seither ihresgleichen sucht. Mit den Römischen Verträgen wurde jenes Europa aus der Taufe gehoben, das heute als Europäische Union 27 Staaten umfasst und damit fast lückenlos unseren gesamten Kontinent abdeckt.

Wir haben dieses Ereignis ja schon gemeinsam am vergangenen Sonntag mit einer Sternwanderung im Dreiländereck in Perl gefeiert.

Ein ganzer Kontinent in Frieden und Freiheit vereint, ohne Handelsbarrieren ökonomisch aufs engste verflochten und anhand wirkungsvoller Transfersysteme solidarisch miteinander verbunden: Das gab es noch nie in der Menschheitsgeschichte, das gibt es auch bis heute nirgends sonst außer in Europa. Daher, meine Damen und Herren, haben wir allen Grund, dieses Ereignis, dieses 50jährige Jubiläum, auch in diesem Rahmen noch einmal feierlich zu begehen. Und ich danke der Europa Union auf das herzlichste, dass sie diese Feierstunde ausrichtet.

Meine Damen und Herren, vor wenigen Wochen erst feierten wir im Saarbrücker Staatstheater ein anderes 50jähriges Jubiläum. Das war der Beitritt des Saarlandes als 11. Bundesland zur Bundesrepublik Deutschland, die sogenannte kleine Wiedervereinigung, wie sie damals genannt wurde. Die Festreden hielten die Bundeskanzlerin Angela Merkel und unser Ministerpräsident Peter Müller. Und beide betonten die Bedeutung der europäischen Einigung nicht nur für unseren Beitritt zur Bundesrepublik, sondern auch für die große Wiedervereinigung im Jahre 1990.

Und beide stützten sich mit Recht auf Konrad Adenauer, der die deutsche Einheit und die europäische Einheit als zwei Seiten derselben Medaille bezeichnete. Und in seltener Uneingeschränktheit kann man auch heute noch, 50 Jahre nach der kleinen und 17 Jahre nach der großen Wiedervereinigung, diesen Satz unterstreichen.

Ja mehr noch: Nichts von dem, was wir als Errungenschaften nach dem 2. Weltkrieg leisten konnten, wäre möglich gewesen ohne Europa: Weder unser sogenanntes Wirtschaftswunder noch die 60 Jahre stabilen und dauerhaften Friedens, auf die wir seither zurückblicken können. Für uns Deutsche bildete Europa die Brücke, über die wir aus dem moralischen, dem politischen und wirtschaftlichen Desaster des Dritten Reiches wieder hinaustreten konnten in die Gemeinschaft der freien und wohlhabenden Nationen. Und: Europa war der Garant für den Aufbau eines demokratischen und rechtsstaatlichen Deutschlands. Gerade wir Deutsche haben also allen Grund, gute Europäer zu sein. Wir sollten dies uns wie auch unseren Partnern bei Gelegenheiten wie diesen immer wieder aufs Deutlichste dokumentieren.

Doch nicht nur für uns Deutsche war die europäische Einigung ein Glücksfall. Sie war es auch für Europa als Ganzes. Vergegenwärtigen wir uns die Situation vor 50 Jahren. Gerade mal 6 von über 25 europäischen Staaten entschlossen sich damals, den mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahre 1951 begonnenen Weg fortzusetzen und eine supranationale Staatengemeinschaft zu entwickeln. Dabei war es keineswegs sicher, dass dieser Gemeinschaft auf Dauer Erfolg beschieden sein würde. Dagegen stand nämlich nicht nur das Modell der reinen Freihandelszone, wie sie unter Federführung Großbritanniens mit der EFTA als Alternative gegründet wurde. Dagegen stand auch das Modell des kommunistischen Ostblocks mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Heute wissen wir, dass dieser Weg, wie er in den Römischen Verträgen vorgezeichnet wurde, der erfolgreiche war: Weder das Modell der reinen Freihandelszone noch das des kommunistischen Ostblocks konnte sich gegen dieses Europa durchsetzen. Aus den sechs Unterzeichnerstaaten der Römischen Verträge sind heute 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union geworden.

Und dies kommt nicht von ungefähr. Immer wieder verbanden sich mit dem Beitritt Hoffnungen, die auch in der Tat nie enttäuscht wurden. Länder, die vor dem Beitritt noch fast reine Agrarstaaten waren, konnten einen enormen ökonomischen Aufschwung verzeichnen und sind heute moderne, pulsierende Industriestaaten. Und dies, ohne dass andere Mitgliedstaaten zurückstecken mussten. So wurde jeder Beitritt zur Win-Win-Situation für alle Beteiligten.

Und gerade Deutschland profitiert von diesem weltweit größten Binnenmarkt. Alljährlich setzen wir Waren im Wert von 500 Milliarden Euro innerhalb der EU ab, das sind fast zwei Drittel unseres gesamten Exports. Und sogar die Osterweiterung hat, was leider kaum bekannt ist, bei uns unter dem Strich mehr Arbeitsplätze geschaffen als vernichtet. Unser Wohlstand – so hat gerade eine Studie des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung ergeben - wäre gar nicht mehr denkbar ohne die EU. Ein Deutschland ohne die EU – so diese Studie wörtlich – wäre ein „nicht auszudenkendes ökonomisches Desaster“, ein einziges „Horrorszenario“.

Dies, meine Damen und Herren, sei denen ins Stammbuch geschrieben, die uns immer wieder als „Nettozahler“ und als ökonomischen Lastenträger Europas bezeichnen.

Hinzu kommt ein weiteres, was beileibe nicht minder von Bedeutung ist. Denn dieses Europa ist nicht nur ökonomisch ein Segen für alle Beteiligten. Mit dem Fortschreiten der europäischen Integration haben sich nämlich auch Freiheit und Demokratie Bahn gebrochen. 1957 waren gerade mal etwas mehr als die Hälfte aller europäischen Staaten demokratisch verfasst. Heute leben, mit ganz wenigen Ausnahmen, alle Europäer in freiheitlichen Demokratien.

Auch dies, meine Damen und Herren, gehört zur Erfolgsgeschichte Europas. Denn lange vor den Kopenhagener Kriterien war eine demokratische Verfassung stets die Grundvoraussetzung für den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft.

Die Europäische Gemeinschaft löste stets einen Demokratisierungssog aus, dem sich letztlich niemand entziehen konnte. Das galt zunächst für Staaten wie Griechenland, Spanien und Portugal. Das galt aber auch für die europäischen Ostblockstaaten, die ihren Wandel in den Jahren 1989 und 1990 aufs engste mit der Hoffnung verbanden, Teil unserer europäischen Gemeinschaft zu werden.

Meine Damen und Herren, ebenso wenig, wie ich den Vatikan vom christlichen Glauben überzeugen muss, brauche ich Ihnen die Segnungen dieses Europas mit seinen offenen Grenzen, seiner gemeinsamen Währung, seinem freien Binnenhandel, seiner Reise- und Niederlassungsfreiheit, seiner Bildungs- und Forschungszusammenarbeit – man könnte sehr viel mehr anfügen – nahe zu bringen. Europa prägt heute in weiten Teilen unsere alltägliche Wirklichkeit, und diese Wirklichkeit ist im historischen oder im globalen Vergleich eine einzigartig gute Wirklichkeit.

Aber, bei all den Segnungen, die uns dieses Europa gebracht hat, müssen wir natürlich auch an einem Tag wie heute die Sorgen der Menschen ernst nehmen.

Vielen Menschen ist der Prozess der Osterweiterung zu schnell gegangen. Sie fürchten die Konkurrenz billiger Arbeitskräfte und damit das Absinken ihres Wohlstandes. Auch haben viele das Gefühl, dass die zahlreichen europaweiten Anpassungs- und Angleichungsprozesse im Zuge des Binnenmarktes gewachsene regionale Eigenheiten verdrängen und darauf gründende Identitäten gefährden.

Das entschiedene Nein der Franzosen und der Niederländer zur europäischen Verfassung hat gezeigt, dass wir dieses Europa auf die Dauer nicht über die Köpfe der Menschen hinweg bauen können. Aus diesem Grunde ist es um so wichtiger, den Regionen in Europa einen größeren Stellenwert zu geben und im Zuge dessen das Subsidiaritätsprinzip wieder stärker zur Geltung zu bringen.

Das heißt für uns, dass die europäische Verfassung auf gar keinen Fall ad acta gelegt werden darf. Im Gegenteil: Gerade der abgelehnte Verfassungsentwurf hätte einen Beitrag zu mehr Subsidiarität und zu mehr Bürgernähe geleistet. Ich weiß, meine Damen und Herren, bei Ihnen renne ich mit diesem Ansinnen offene Türen ein. Aus diesem Grund stimmen Sie mir sicherlich auch zu, wenn ich hier die derzeitige Ratspräsidentin, Bundeskanzlerin Angela

Merkel, voll und ganz unterstütze bei ihrem erneuten Anlauf zum europäischen Verfassungsprozess. Und ich denke, Sie ist eine Persönlichkeit, der man das durchaus zutrauen kann.

Zum einen hat sie nämlich beim Europäischen Rat Anfang des Monats etwas geschafft, was ihr kaum jemand zugetraut hätte: Sie hat die EU auf das ambitionierte Ziel eingeschworen, bis zum Jahr 2020 die CO₂-Emissionen um 20 Prozent zu senken und gleichzeitig den Anteil der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent zu erhöhen.

Das ist ein Meilenstein in der EU-Umweltpolitik, der – davon bin ich überzeugt – seine Wirkung auf die USA und andere nicht verfehlen wird.

Zum anderen wurde gerade vorgestern, also genau am Jahrestag der Römischen Verträge, die von der Bundesregierung verfasste Berliner Erklärung unterzeichnet, in der die Notwendigkeit einer europäischen Verfassung wieder betont wird, wenn auch bewusst auf den Begriff „Verfassung“ verzichtet wurde. Diese Erklärung ist ein wichtiger und notwendiger Meilenstein, zumal derzeit angesichts der französischen und niederländischen Erfahrungen und angesichts der zahlreichen Streitpunkte sich kaum jemand traut, dieses „heiße Eisen“ anzufassen. Aus diesem Grund ist die „Berliner Erklärung“ schon eine diplomatische Meisterleistung. Zum einen ist sie vage genug, damit sich alle dahinter versammeln können, zum anderen aber bestimmt genug, um an der faktischen Wiederaufnahme des Verfassungsprozesses keinen Zweifel zu lassen.

Richtig ist auch, dass die Bundeskanzlerin zunächst die Einigung auf einen weiteren Fahrplan für den Reformprozess anstrebt. Ein solcher Fahrplan, meine Damen und Herren, auf den man sich gemeinsam bindend einigt, erhöht nämlich den Druck zur Kompromissfindung. Ein Druck, der auch dringend notwendig ist, denn wir wissen doch alle, wie viel Sprengstoff und wie viele Sollbruchstellen die Debatte um die EU-Reform enthält. Um so bedauerlicher und unverständlicher ist es für mich, dass jetzt, schon kurz nach der Berliner Erklärung, die Regierungen von Polen und Tschechien diesen Fahrplan wieder in Frage stellen. Ich frage mich wirklich, was diese Regierungen wirklich wollen, und ich werde den Eindruck nicht los, dass hier die Reform der Institutionen ganz verhindert werden soll. Dabei ist es bekannt, dass die Menschen in Polen und Tschechien dieses Europa und seine Weiterentwicklung

wollen. Würden hier doch die Regierungen nur auf ihr Volk hören, dann kämen wir sicherlich in den kommenden Monaten ein gutes Stück weiter !

Meine Damen und Herren, gleich, ob man es nun „Grundlagenvertrag“ oder „Verfassung“ nennt: Fest steht seit langem: Wir brauchen eine Neujustierung der inneren Verfasstheit Europas. Das, was einmal mit sechs Gründerstaaten funktioniert hat, kann mit insgesamt 27 Mitgliedstaaten eben nicht mehr funktionieren. Aus diesem Grund haben wir als saarländische Landesregierung diesen Europäischen Verfassungsprozess stets nach besten Kräften unterstützt.

Das Saarland hat durch das Hin- und Hergeworfensein zwischen Deutschland und Frankreich in vielen Bereichen eine Entwicklung ertragen müssen, die uns heute noch beschäftigt und die zwingend dokumentiert, dass Europa gerade für solche Regionen eine Perspektive ist, über die man in der Vergangenheit nicht verfügte. Europa wächst an den Grenzen zusammen.

Europa wird in der Zukunft ein Europa nicht nur der Grenzregionen, sondern der Regionen insgesamt sein. Nur wenn wir ein solches Europa kreieren, wird es uns auch gelingen, die Menschen auf den Weg zur europäischen Integration mitzunehmen.

Denn gerade für uns als SaarLorLux ist Europa das Lebenselixier schlechthin. Aus diesem Grund verfolgen wir auch unentwegt den weiteren Aufbau unserer Großregion SaarLorLux zur europäischen Modellregion.

Ich nenne beispielhaft unsere Bemühungen zum konsequenten Aufbau der Zweisprachigkeit, die bei uns schon im Kindergarten beginnen und sich über die Grundschule bis in die weiterführenden Schulformen erstrecken. Ich nenne die zunehmende Anzahl von sogenannten Abibac-Gymnasien und die Schengenschule, die wir in diesem Jahr in der Gemeinde Perl eröffnen, und wo die Anmeldungen bisher alle Erwartungen übertreffen.

Ich nenne die wachsende Kooperation der Universitäten der Großregion mit mittlerweile mehreren bi- und trinationalen Studiengängen. Ich nenne die deutsch-französische Hochschule mit ihrem Sitz in Saarbrücken. Soviel nur zum Bereich der Bildung und Ausbildung,

denn gerade hier wird der Grundstein gelegt für das Bewusstsein der Menschen zur Zusammengehörigkeit über die nationalen Grenzen hinweg.

Aber es wären auch zahlreiche andere Bereiche anzuführen wie etwa die Wirtschaft, wo schon seit Jahrzehnten grenzübergreifende Wirtschaftsclubs und die Kammern zur stetigen Verdichtung unseres gemeinsamen Wirtschaftsraums beitragen. Immerhin haben heute über 150 französische Unternehmen im Saarland ihre Niederlassung, und umgekehrt sind über 250 deutsche Unternehmen in Lothringen vertreten. Kein anderes deutsches Bundesland hat einen so intensiven Warenaustausch mit Frankreich wie das Saarland. In keinem anderen Bundesland arbeiten und konsumieren so viele Franzosen wie im Saarland.

Nirgendwo in Europa ist die Zahl derer, die täglich zum Arbeiten eine Grenze passieren, höher als in SaarLorLux. Allein im Saarland pendeln fast täglich 24.000 französische Mitbürger in das Saarland. Aber leider nur 1.000 Saarländer in das nahe Lothringen. Dies hat positive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungseffekte und ermöglicht den Pendlern selbst einen Lebensstandard, der ohne grenznachbarschaftliche Kontakte nicht möglich wäre.

Und diese Ausrichtung nach und von Frankreich wird spätestens dann einen weiteren Schub erfahren, wenn in diesem Jahr am neuen Saarbrücker Eurobahnhof erstmalig der TGV einfahren wird. Dann, meine Damen und Herren, wird die französische Hauptstadt Paris in weniger als zwei Stunden für uns erreichbar sein. Daraus ergeben sich neue, bislang ungeahnte Entwicklungsperspektiven, die wir in den kommenden Jahren konsequent nutzen müssen.

Diese Perspektiven werden wir auch nutzen, denn wir nehmen es sehr ernst mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dies haben wir unter anderem mit unserem „Zukunftsbild 2020“ für die Großregion unter Beweis gestellt. Dieses „Zukunftsbild 2020“ ist mittlerweile zur Blaupause für ähnliche Leitprojekte in anderen europäischen Grenzregionen geworden.

Damit, meine Damen und Herren, haben wir hier in SaarLorLux nochmals eindrucksvoll belegt, wie sehr wir uns mit Recht als die europäische Modell- und Vorreiterregion sehen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Tatsache, dass wir im Europäischen Ausschuss der Regionen mittlerweile das gegenseitige Vertretungsrecht grenzüberschreitender Gruppen für die Ebene der Ausschüsse durchgesetzt haben.

Und ich sage an dieser Stelle voraus: Wir werden dieses Vertretungsrecht auch für die Plenarsitzungen erreichen, damit den grenzüberschreitenden Regionen endlich auch auf EU-Ebene die volle Anerkennung als Schrittmacher Europas zuteil wird.

Ich denke, dass wir diesem Ziel auch in diesem Jahr wieder ein Stück näher kommen, wenn unsere Großregion unter Federführung Luxemburgs als Kulturhauptstadt Europas 2007 in Erscheinung tritt. Es war der luxemburgische Ministerpräsident Jean Claude Juncker, der die Initiative ergriffen hat, dieses Kulturhauptstadtprojekt auf die gesamte Großregion auszuweiten - und dies mit großem Erfolg: Mehr als 400 Projekte – davon über 80 aus dem Saarland - zeugen in diesem Jahr von der pulsierenden kulturellen Vielfalt unserer Großregion. Noch nie konnte eine Kulturhauptstadt mit so vielen grenzüberschreitenden Partnern gemeinsam demonstrieren, was gelebte interkulturelle Kooperation und Kommunikation in Europa wirklich bedeutet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bezeichnen unser Land gerne als das europäischste aller deutschen Bundesländer. Und ich denke, unser Engagement gerade hier in der Großregion beweist, dass wir dies zu Recht tun. Allerdings möchte ich dem Eindruck entgegenwirken, dass all dies einzig und alleine das Werk der Politiker ist.

Sicher, Politikerpersönlichkeiten wie Konrad Adenauer, Helmut Schmidt und Helmut Kohl – um hier nur die herausragenden deutschen Europäer zu nennen - haben zur europäischen Integration unverzichtbare Beiträge geleistet.

Allerdings sage ich auch ganz klar: Die Politik kann letztlich nur das ins Werk setzen, was unsere Zivilgesellschaft mental und ideell vordenkt und vorbereitet. Zu diesen zahlreichen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen zählt an vorderster Stelle hier im Saarland sicherlich die Europa Union. Ich weiß ja, wie eng die Europa Union mit anderen europafördernden Einrichtungen, wie etwa der Europäischen Akademie Otzenhausen oder der Asko-Europa-Stiftung, verbunden ist.

All diese Einrichtungen bilden ja sozusagen in guter saarländischer Tradition eine europäische Familie, deren Seele – so kann man sagen – die Europa Union ist. Ich möchte an dieser Stelle der Europa Union für ihr Engagement im Saarland unter der Führung von Dr.

Hanno Thewes, und in Deutschland seit einiger Zeit unter Führung des Saarländers Peter Altmaier, im Namen der saarländischen Landesregierung ganz herzlich danken.

Sie hat in den letzten Jahren bewiesen, wie sehr hier die europäische Idee als Geist des Aufbruchs und Impuls für unermüdliches Engagement nach wie vor lebendig ist.

Dieses Beispiel ist für uns als Landesregierung Ansporn, aktiv, konsequent und an vorderster Stelle am weiteren Aufbau Europas mitzuwirken. Konrad Adenauer sagte einmal: „Die Einheit Europas war ein Traum weniger. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute Notwendigkeit für alle.“ Dies, meine Damen und Herren, ist heute aktueller denn je. Ich bin fest davon überzeugt, dass für das Gelingen des europäischen Prozesses entscheidend ist, dass die europäische Integration in den Herzen der Menschen verankert ist. Dies herbeizuführen, muss unser gemeinsames Ziel sein. Darum lassen Sie uns in diesem Sinne gemeinsam weiterbauen an unserem gemeinsamen Haus Europa. Vielen Dank!